

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

11.2.1891 (No. 41)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 11. Februar.

N^o. 41.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Eintückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1891.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 7. Februar 1891 gnädigst geruht, den Centralinspektor bei der Generaldirektion der Staatsbahnen, Betriebsinspektor Heinrich Janzon, unter Verleihung des Titels Obermaschinenmeister zum Vorstand der Eisenbahnhauptwerkstätte zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 4. Februar 1891 gnädigst geruht, den Revisor bei der Domänenverwaltung, Rechnungsrath Franz Georg Baumann, auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlichen Leidens unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 10. Februar.

Die italienische Ministerkrise wird nach einer Meldung aus Rom in den dortigen politischen Kreisen als beseitigt angesehen. Eine Aenderung in der gestern von uns mitgetheilten Ministerliste ist nur insofern zu erwarten, als das Portefeuille des öffentlichen Unterrichts dem Senator Villari angeboten worden ist. Treten keine unvorhergesehenen Hindernisse ein, so wird das neue Cabinet sich am Samstag den Kammern vorstellen; die letzteren dürften sich, sobald sie das ministerielle Programm gehört haben, auf kurze Zeit vertagen, um der Regierung die Möglichkeit zu gewähren, die Gesetzentwürfe diesem Programm entsprechend zu bearbeiten. Ueber die Stellung des Parlaments zu der neuen Regierung ist einseitig ein sicheres Urtheil noch nicht möglich; einerseits erscheint es in gewissem Grade bedenklich, daß aus dem neuen Ministerium Saracco und Giolitti ausgeschlossen sind, andererseits nimmt die Rechte an der Ernennung Nicolera's zum Minister des Innern Anstoß. Nicolera hat sich schon während der Verhandlungen zur Bildung des Ministeriums mit Saracco entzweit. Beide kandidirten für das Ministerium des Innern, und da Saracco zurücktreten mußte, trat er ganz aus der Reihe der Ministerkandidaten aus. Saracco ist aber Piemontese (er stammt aus Acqui und war einst einer der Getreuen von Depretis), und so ist die ganze Gruppe der Piemontesen, 60 Mann, stark verstimmt. Auf's heftigste aber wird Nicolera insbesondere von den Organen der Rechten angegriffen, zumal von der „Pereveranza“, in der Bonghi's Freunde das Wort führen. Nach einer Schätzung von ministerieller Seite würde die Regierung zunächst in der Deputirtenkammer über 300 Anhänger verfügen, während ihr eine Opposition von 210 Abgeordneten, unter denen sich 120 Anhänger Crispi's befinden, gegenüberstände. Solche Schätzungen haben indessen erfahrungsmäßig etwas sehr Unsicheres und Unzuverlässiges. Die „Tribuna“, die jetzt zum Regierungslager gehört, erkennt an, daß, vom parlamentarischen Standpunkt aus beurtheilt, die neue Regierung keine besonders starke ist, insofern dürfte auch außerhalb des Kreises der neuen Regierungsmehrheit die Meinung überwiegen, daß man zunächst die Leistungen des neuen Cabinets, insbesondere auf dem schwierigen Gebiete der Finanzreform, ruhig abwarten müsse. Die Zukunft des neuen Cabinets ist offenbar weniger nach der Parteigruppierung in der Kammer, sondern mehr darnach zu beurtheilen, in wie weit es der Regierung gelingen wird, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Da das Cabinet Rudini-Nicolera sein Amt unter besonders schwierigen Umständen antritt, würde es im Lande als eine Unge rechtigkeit empfunden werden, wenn ihm nicht die Zeit gegeben würde, seine Kräfte zu erproben.

Die ägyptische Regierung bereitet eine Expedition gegen Tolar vor. Da die Ansammlung der Derwische in Tolar eine Gefahr für die ägyptische Grenze bildet, so hat die Regierung beschlossen, die Derwische von dort zu vertreiben. Die Expedition wird unter der Führung des Gouverneurs von Suakim stehen, der die seinem Befehl unterstellten Truppen in Trinitat landen und von dort gegen Tolar vordringen wird. Tolar soll nach der Vertreibung der Derwische besetzt und alsdann dort eine Civilregierung eingesetzt werden. Englische Truppen nehmen an der Expedition nicht theil, auch wird nicht beabsichtigt, über Tolar hinaus vorzudringen; aber die Wiederbesetzung dieses Plazes, die von allen Kennern der Verhältnisse längst als eine Nothwendigkeit für die Sicherung der ägyptischen Südgrenze anerkannt worden ist, läßt sich nicht länger verzögern. Von Kairo werden Truppen nach Suakim geschickt, um die zum Marsch auf Tolar bestimmte Garnison Suakims zu ersetzen. Einem ernstlichen Widerstande der Derwische glaubt man nicht

entgegensehen zu müssen, nachdem es durch Rundschafter festgestellt worden ist, daß die Nachrichten englischer Blätter in Bezug auf die Zahl der Derwische in Tolar stark übertrieben gewesen sind.

Nach § 18 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 haben die Berufsgenossenschaften in den ersten elf Jahren ihres Bestehens einen prozentualen Betrag ihrer Jahresausgaben dem Reservefonds zuzuschlagen. Auch dann aber dürfen sie die Zinsen desselben so lange nicht zur Mitdeckung ihrer Ausgaben verwenden, als der Reservefonds nicht den doppelten Betrag der Jahresausgabe erreicht hat. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften belief sich nun der Reservefonds am Schluß des Rechnungsjahres 1889 auf 41,8 Mill., die Ausgaben des Jahres 1889 bezifferten sich auf 29,6 Millionen, abzüglich der Einlage in den Reservefonds mit 12,7 Mill. jedoch auf 16,9 Mill. Man erzieht daraus, daß der Reservefonds der gewerblichen Berufsgenossenschaften bereits am Ende des Jahres 1889, des letzten, für welches amtliche Zahlen vorliegen, mehr als die doppelte Höhe der eigentlichen Jahresausgabe ausgemacht hat. Dieses erfreuliche Ergebnis berechtigt zu der Hoffnung, daß, trotzdem die prozentualen Zuschläge zum Reservefonds von Jahre 1890 ab unter den Betrag von 100 Proz. der Jahresausgabe gegangen sind und sich von Jahr zu Jahr nimmend um 20 bzw. 10 Proz. vermindern werden, doch am Ende des Jahres 1890 die Reservefonds der meisten Genossenschaften sich auf einer Höhe befinden werden, welche die sofortige Verwendung ihrer Zinsen zur Mitdeckung der berufsgenossenschaftlichen Ausgaben und damit zur Kürzung der auf dem Wege der Umlage aufzubringenden Beiträge der Berufsgenossen ermöglicht. Den Gewerbetreibenden, welche jetzt die dreifachen Kosten der Kranken-, Unfall-, sowie Invaliditäts- und Altersversicherung zu tragen haben, wäre jedenfalls zu wünschen, daß die Zunahme der Unfälle bzw. der für dieselben wünschenden Entschädigungen diese Erwartung nicht hinfällig macht.

Deutschland.

Berlin, 9. Febr. Seine Majestät der Kaiser begibt heute den Gebenstag seines 1877 erfolgten Eintritts in die Armee, und zwar in das erste Garderegiment 3. J. Allerhöchsterseits begab sich aus diesem Anlaß nach Potsdam, um mit dem Offiziercorps des ersten Garderegiments zu diniren. Am Abend wohnte der Monarch mit den Mitgliedern der königlichen Familie der ersten Aufführung des vaterländischen Schauspiel „Der neue Herr“ von Ernst v. Wildenbruch im königlichen Schauspielhause bei.

Für nächsten Freitag hat Seine Majestät der Kaiser eine Einladung des Reichstanzlers zum Diner angenommen. Außer den Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden wird der Reichstanzler eine Reihe von Abgeordneten des Reichstags und des preussischen Landtags bei sich sehen.

Bei dem Staatssekretär v. Boetticher fand heute Abend ein Ball statt, an dem die preussischen Minister, die Chefs der Reichsämtler, Mitglieder des Bundesraths und des diplomatischen Corps, die Präsidien des Reichstags, des preussischen Herrenhauses und Abgeordnetenhauses, sowie zahlreiche andere Parlamentarier und Vertreter der Kunst und Wissenschaft und der Kaufmannschaft theilnahmen.

Der Reichstanzler hat nach erfolgter Zustimmung der großbritannischen Regierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika den bisherigen preussischen Oberamtmann in Hedingen, Frhrn. Arnold Senffit von Pilsach, in Gemäßheit der Samoa-Akte zum Vorsitzenden des Municipalraths von Apia ernannt.

Der stellvertretende Kaiserliche Kommissar für Togo, v. Puttkamer, ist am 26. Dezember v. J. in Klein-Popo eingetroffen und hat die dortigen Kommissariatsgeschäfte wieder übernommen. Der während seiner Abwesenheit von Togo als Vertreter fungirende Bezirksamtman für Victoria, Dr. Krabbes, hat sich nach Victoria zurückbegeben.

Unter den in der heutigen Reichstagsitzung für gültig erklärten Wahlen befand sich auch eine badische, die des Abgeordneten Reichert im 7. badischen Reichstagswahlkreise. Auch die meisten andern Wahlprüfungsachen wurden ohne längere Debatte nach den Anträgen der Kommission erledigt. Bei der Prüfung der Wahl des deutsch-freisinnigen Abg. Zangemeister kam die schon oft ventilirte Frage der Theilnahme der Kriegervereine an den politischen Wahlen zur Sprache und führte zu einer lebhaften Erörterung, die sich dann noch weiter auf die Ziele der Sozialdemokratie erstreckte. Von sozialdemokratischer Seite suchte man frühere Äußerungen der Genossen über diese Ziele mit den damals herrschenden Verhältnissen zu erklären und zu entschuldigen, hielt aber mit der Erklärung nicht zurück, daß man zu denselben Rathschlägen und Handlungen greifen würde, wenn die früheren Verhältnisse wieder eintreten sollten. Die Debatte endete mit dem Beschlusse, die von der Kommission beantragten Erhebungen zu veranstalten. Für morgen

wurden der Nachtragsetat und der Etat der Zölle und die Verbrauchsteuern auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Krankenkassengesetzes nahm heute Vormittag ihre Sitzungen wieder auf, um die zweite Lesung des Gesetzes zu erledigen. Zu § 1 wurde beschlossen, daß auch die in den Geschäftsbetrieben der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen versicherungspflichtig sein sollen.

Die im September 1890 mit so großem Erfolg stattgehabte Vorführung der Artillerie und Panzer des Grusonwerks vor Vertretern vieler Staaten beginnt bereits ihre weiteren Konsequenzen zu zeigen. Nach der „Kölnischen Zeitung“ wurden von Seiten Rußlands Offiziere des Kriegs- und des Marinerefforts nach Magdeburg geschickt, um sich daselbst über die Fabrication der Geschütze und beweglichen Panzerthürme zu unterrichten und mit den vorzüglichen Einrichtungen der Gruson'schen Schießplätze bekannt zu machen.

Die in die Oeffentlichkeit gedruckten und im Reichstage zur Sprache gebrachten Nachrichten über die Bildung einer neuen Gesellschaft für das südwestafrikanische Schutzgebiet mit dem Sitz in Hamburg und dem Zweck, einen Theil des Besitzes der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika zu übernehmen, sind in der ausländischen Presse mit einer angeblich in London in der Bildung begriffenen Gesellschaft in Verbindung gebracht worden. In einem „Eingeladn“ des „Standard“ vom 8. Januar d. J. ist die Ansicht ausgesprochen worden, die neue Gesellschaft, um die es sich handle, sei identisch mit der angeblich von der Mines Contract Company (Limited) geplanten Anglo-German Company for South-West Africa, deren Zweck die wirtschaftliche Verwerthung einer von der kaiserlichen Regierung anerkannten Konzession sei, durch welche der Bergbau innerhalb eines Gebietes von 50 bis 60 Millionen englischer Acres und das Grundeigenthum einer Fläche von 250 englischen Quadratmeilen vergeben worden sei. Demgegenüber schreibt der „Reichsanzeiger“: „Diese Behauptung ist eine unrichtige. Die Anglo-German Company, welche der „Standard“ erwähnt, steht mit der kaiserlichen Regierung in Berlin in keiner Verbindung. Letztere hat einer solchen Gesellschaft überhaupt keine Konzession erteilt. Von der kaiserlichen Regierung ist eine Konzession auch nur annähernd von dem vorgedachten Umfange neben derjenigen der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika innerhalb der deutschen Interessensphäre nicht anerkannt worden.“

Dresden, 9. Febr. Das amtliche „Dresdener Journal“ schreibt: „Die von verschiedenen Blättern neuerdings gebrachten Mittheilungen über einen bevorstehenden längeren Aufenthalt Ihrer Majestät der Königin im Süden beruhen auf Erfindung. Der Gesundheitszustand Ihrer Majestät bietet erfreulicher Weise zur Zeit zu einem solchen Aufenthalt keinen Anlaß.“

München, 9. Febr. Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent hat das folgende, vom gestrigen Tag datirte Handschreiben an den Staatsminister des Innern, Frhrn. v. Feilitzsch, gerichtet: „Mein lieber Staatsminister Frhr. v. Feilitzsch! Aus Anlaß meines bevorstehenden Geburtsfestes ist die mehrfache Gründung von Stiftungen beabsichtigt. Im Interesse der Zwecke, welche hierdurch theils zur Linderung der Noth, theils zur Förderung der Kunst, des Kunstgewerbes und Handwerkes verfolgt werden sollen, werde Ich Mich freuen, wenn solche Stiftungen in Verbindung edler Wohlthätigkeits- und Gemeinnützigkeits durch freiwillige Gaben Einzelner oder durch entsprechend bemessene Zuwendungen größerer leistungsfähiger Körperschaften zu Stande kommen. Meinen landesväterlichen Anschauungen und Intentionen würde es aber durchaus zuwiderlaufen, wenn dergleichen, segensreich wirkenden Stiftungen Mittel entnommen, oder wenn Sammlungen veranstaltet werden wollten, welche mehr oder weniger den Charakter des Zwanges an sich tragen und damit die Rücksicht auf die allgemein wirtschaftliche Lage großer Bevölkerungskreise entbehren. Es ist Mein Wille, daß dies unverzüglich bekannt gegeben und hiernach allerorten im Lande verfahren werde. Hierbei verbleibe Ich mit huldvollsten Gesinnungen Ihr wohlgenegter Luitpold, Prinz-Regent von Bayern.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Febr. Gestern Vormittag fand hier die angekündigte Parteikonferenz der Vereinigten deutschen Linken statt, in welcher der Wahlausruf der Partei festgestellt wurde. Der Wahlausruf erklärt, daß die Deutschen die nationale Entwicklung der nichtdeutschen Volksstämme keineswegs beeinträchtigen wollen, aber gewisse Ansprüche staatsrechtlichen Charakters, welche das ganze einheitliche Gefüge der Staatsverwaltung in Frage

stellen, nicht zugeben können. Sie wünschen, daß diese Streitfragen nicht immer wieder aufgeworfen werden, vielmehr zunächst Raum geschaffen werde für gezielte Reformen, bei denen ihnen, den Deutschliberalen, die Mitwirkung der anderen Gruppen willkommen ist. Der Schluß des Manifestes besagt: „Die Deutschen werden ihre Unterstützung einer Regierung nicht versagen, welche den österreichischen Staatsgedanken voranstellt, die Verwaltung von nationalen Parteieinflüssen freihält, der berechtigten Stellung der Deutschen Rechnung trägt und mit entschiedenem manhaftem Auftreten thätig die Führerin des öffentlichen Geistes wäre.“ In der Begründung des Wahlaufsatzes hob der Vorsitzende, Abg. v. Plener, hervor, mit dem bisherigen Finanzminister, Dr. v. Dunajewski, sei auch dessen Satz gefallen, man könne ohne die Deutschen in Oesterreich regieren. Die noch ungeklärte politische Lage gestatte keine vorzeitigen Hoffnungen oder positive Erwartungen. Diefelbe erhebe die möglichste Vorsicht auf deutscher Seite und die Mahnung, freie Hand für künftige Parteigruppierungen sich zu halten. Wenn gesagt werde, die Zeit für alle gemäßigten Parteien des Reichs sei gekommen, so widerspreche die deutschliberale Partei einer solchen Anschauung nicht. Sie sei eine gemäßigte, an Oesterreich festhaltende und lediglich agitatorische Kampfmittel verschmähende Partei, die ihren jahrelang vertretenen Grundsätzen treu bleibe, eine ruhige Entwicklung und wirtschaftliche Reformen wolle. Im Laufe der Debatte erklärte Chlumetzky, der Abfall oder die Abspaltung eines Theiles der Partei stehe nicht zu erwarten. Im Schlußwort erklärte Plener, die Partei verurtheile den Kampf der Antisemiten und anderer reaktionären Gruppen gegen einzelne Klassen und Konfessionen auf das Allerentschiedenste. Wie das Wahlmanifest der Vereinigten Linken sich durch Mäßigung und Besonnenheit auszeichnet, so scheint auch die Debatte in der Parteiversammlung sachlich und ruhig verlaufen zu sein.

Belgien.

Brüssel, 9. Febr. Seine Majestät der König empfing gestern die Delegirten des Industrie- und Arbeiterrathes und unterrichtete sich auf das Eingehendste über die Lage der arbeitenden Klassen. Auf die Frage der Arbeiter, ob er seinen Einfluß für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts einsehen wolle, erwiderte der König, er sei den Arbeitern sehr zugethan, aber ein konstitutioneller Herrscher müsse die Nation sich darüber aussprechen lassen. Dem „Peuple“ zufolge hätte der König auch gesagt, die Arbeiter hätten Unrecht, sich als eine besondere Klasse zu betrachten; er und alle Belgier seien nur Arbeiter verschiedener Richtungen. Die Arbeiter baten den König, er möchte zwischen den Parteien als Vermittler wirken.

Frankreich.

Paris, 9. Febr. Wie hiesige Blätter mittheilen, hat der Unterstaatssekretär für die Kolonien dem König von Dahomey, dessen Haltung Frankreich gegenüber bis jetzt als sehr korrekt anerkannt wird, zahlreiche Geschenke überhandt. (In parlamentarischen Kreisen ist man allerdings vielfach der Ansicht, daß der König von Dahomey keinerlei Ursache hat, anders als korrekt gegenüber den Franzosen zu verfahren, da der französische Friedensvertrag mit Dahomey dem König beinahe größere Zugeständnisse machte, als mit den französischen Interessen vereinbar ist. Der Ausschuß der Deputirtenkammer hatte denn auch den Friedensvertrag mit Dahomey als schädlich bezeichnet und es wäre darüber beinahe zu einer Kabinettskrise gekommen.) — Die royalistischen Parteiführer sehen mit Besorgniß, daß der Kardinal Lavignier seine republikfreundlichen Kundgebungen fortsetzt und den Konservativen die Ausöhnung mit den bestehenden Verhältnissen empfiehlt. In Nîmes fand gestern Nachmittag eine royalistische Versammlung statt, bei der 3000 Personen anwesend waren. Graf Hansson-Wille bekämpfte in einer Rede die Kundgebungen des Kardinals Lavignier und forderte die Anwesenden zum Ausharren im Kampfe gegen die Republik auf.

Portugal.

Lissabon, 9. Febr. Nach einer Depesche aus Sanct Thomas (am Golf von Guinea) ist dort ein Regeraufstand ausgebrochen. Derselbe scheint bereits unterdrückt, als er unvermuthet wieder ausbrach und sich auf mehrere andere Orte der Insel verbreitete. Der Gouverneur verlangte dringend Verstärkungen.

Großbritannien.

London, 10. Febr. (Tel.) Das Schreiben, mit welchem der Lordmayor von London gegen das Ende des vorigen Jahres die an den Kaiser von Rußland gerichtete Bittschrift um Aufhebung der Ausnahmemaßregeln gegen die Juden nach Petersburg gesandt hatte, die dort nicht angenommen worden war, ist heute zugleich mit der gedachten Bittschrift dem Lordmayor vom Auswärtigen Amte wieder zugestellt worden. Die Londoner Kundgebung gegen die russische Judenengesetzgebung hat sich somit als ein Schlag in's Wasser erwiesen, was übrigens bei der geringen Neigung, die in Rußland in Bezug auf die Zulassung einer fremden Einnischung in innere russische Verhältnisse besteht, vorhergesehen werden konnte.

Rußland.

St. Petersburg, 8. Febr. Die überaus entgegenkommende Aufnahme, welche dem Großfürsten-Thronfolger bei dessen Reise in Indien von Seiten der englischen Behörden bereitete wird, ruft in den russischen Regierungskreisen, wie überhaupt in der öffentlichen Meinung Rußlands lebhafteste Befriedigung hervor. Insbesondere hat es in Petersburg sehr angenehm berührt, daß die englische Regierung dem Cäsarewitsch für die

Dauer seines Aufenthaltes in Indien Sir Donald Macdonald-Wallace und den ehemaligen Gesandtschaftsattaché in Petersburg und jetzigen Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel, Herrn Hardinge, als Begleiter beigegeben hat, zwei Persönlichkeiten, welche sich für diese Aufgabe in Anbetracht des Umstandes, daß beide ausgezeichnete Kenner Rußlands und der russischen Sprache sind, in hervorragendem Maße eignen. Die französische Regierung hat nun hinter der englischen, was die aufmerksamere Behandlung des Großfürsten-Thronfolgers betrifft, nicht zurückbleiben wollen; sie stellte, wie hier durch den französischen Botschafter mitgetheilt wurde, dem Großfürsten für die Dauer seines Aufenthaltes in Hinterindien das Kanonenboot „Vipère“ zur Verfügung, damit er auf demselben die Flüsse befahren könne.

Rumänien.

Bukarest, 9. Febr. Bei der Stichwahl im zweiten hiesigen Wahlbezirk wurde trotz der Gegenanstrengungen der Liberalen der Kandidat der Regierungspartei zum Abgeordneten gewählt. (Diese Stichwahl steht im Zusammenhang mit dem am 1. d. Mts. erfolgten Ergänzungswahlen zur Deputirtenkammer. Bei den Wahlen am 1. Februar trug die Regierung den Sieg über die Opposition davon, die unter fünf Wahlen in der Provinz nur eine gewann, während von den vier anderen Wahlen drei regierungsfreundlich ausfielen und die letzte unentschieden blieb. Die liberalen und die altkonservativen Widersacher der gegenwärtigen Regierung wurden aber durch die Wahlergebnisse in der Provinz nicht einmal so unangenehm berührt als von der Thatsache, daß in Bukarest ein erst kürzlich naturalisirter junger Mann, Namens A. Popovici, mehr Stimmen erzielte, als die beiden Kandidaten der liberalen und altkonservativen Opposition zusammengenommen. Während nämlich Popovici als Vertrauensmann der Regierungspartei 1666 Stimmen erhielt, vermochten es der frühere Bukarester Bürgermeister N. Fleva nur auf 1218 Stimmen, der altkonservative Kandidat Cesiann aber gar nur auf 373 Stimmen zu bringen. Freilich hat Popovici in Folge des Umstandes, daß 86 Stimmen für zwei auf eigene Faust kandidirende Mandatbewerber abgegeben wurden, auch seinerseits nicht die für seine Wahl erforderliche absolute Stimmenmehrheit aufgebracht, und es mußte sich derselbe daher einer Stichwahl mit Herrn Fleva unterziehen. Die Opposition machte gewaltige Anstrengungen, um den Sieg Fleva's durchzusetzen, was ihr aber, wie die vorstehende Mittheilung zeigt, nicht gelungen ist. Sie wird nun voraussichtlich die Wahl anfechten, da schon die Vorgänge beim ersten Wahlgang, am 1. Februar, von den Gegnern der Regierung heftig angegriffen worden sind. Indessen wird dadurch schwerlich eine Ungültigkeitserklärung in Bezug auf das Mandat Popovici herbeigeführt werden.)

Amerika.

New-York, 9. Febr. In Chile scheint die Lage sich einigermaßen vortheilhafter für die Regierung gestaltet zu haben. Aus Valparaiso sind über Lima Nachrichten eingetroffen, denen zufolge der Dampfer „Imperial“, als er 2000 Mann für (das von den Aufständischen blockirte) Jaique einschiffte, von dem Torpedoboot „Blanco“ angegriffen worden ist; letzteres wurde jedoch nach mehrstündigem Kampfe zurückgeschlagen und es gelang dem „Imperial“ die Truppen in Batillos bei Jaique zu landen. Die Häfen Talca und Chamaral sind die einzigen von den Revolutionären eingenommenen. Die Regierungstruppen haben Coquimbo und Pisagua wieder eingenommen. Die Blockade von Valparaiso dauert fort.

Beifungstimmen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich gegen Äußerungen der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ und der „Hamburger Nachrichten“ in Bezug auf das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ hatte in einer Besprechung der jüngsten Kolonialdebatten in Uebereinstimmung mit Äußerungen der „Hamburger Nachrichten“ behauptet, daß seit des Fürsten Bismarck Rücktritt eine Veränderung unseres Verhältnisses zu Rußland eingetreten sei und hatte geschrieben: „Sodann — und hier berühren wir den Kardinalpunkt unserer ganzen auswärtigen Politik — werden wir uns hoffentlich zu Rußland nicht immer im Stadium der ausgezogenen Brücken befinden, sondern hoffentlich allmählig jene eigentliche Basis unserer Politik wiedergewinnen, welche in einem freundschaftlichen und freundschaftlichen Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn und Rußland besteht.“ Darauf erwidert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Die damit gegen unsere derzeitige auswärtige Politik erhobene Beschuldigung, daß sie eine wesentliche Basis der Friedenspolitik Deutschlands, nämlich das freundschaftliche und freundschaftliche Einvernehmen mit Rußland preisgegeben habe, ist eine so schwere und steht zudem mit allen bisher bekannten Thatsachen in so diametralem Widerspruch, daß die Münchener „Allgemeine Zeitung“ und die „Hamburger Nachrichten“ notwendig irgend einen Beweis für ihre Unterstellungen antreten müssen, wenn nicht der gegrißelte Verdacht erweckt werden soll, daß die beiden Blätter zum Zweck der Diskreditirung der auswärtigen Politik Deutschlands auch vor willkürlichen Erfindungen nicht zurückschrecken.“

Die Münchener „Allg. Ztg.“ bezeichnet ihrerseits das Citat, welches der „Nordd. Allg. Ztg.“ zur Grundlage ihrer Erklärung dient, als unvollständig. Sie habe ausdrücklich hinzugefügt: „Dem Panlawismus wird es ja doch nicht in alle Ewigkeit möglich sein, das Land und das Heer auf dem halben Kriegsfuß zu erhalten.“ Darin sei doch ausgesprochen, daß wir die Veranlassung zu den „ausgezogenen Brücken“ nicht Deutschland oder der deutschen Politik beimeßen, weder der des Fürsten Bismarck, noch der seines Nachfolgers.“

Der „Reichsanzeiger“ druckt ein Schreiben des Redakteurs der „Kreuzzeitung“, Freiherrn v. Hammerstein, vom 6. d. Mts. ab, in welchem konstatiert wird, daß der Artikel der „Kreuzzeitung“ vom 19. Dezember 1890 über die Landgemeinderordnung, in welchem von einem Doltrinarismus gesprochen wurde, sich weder auf den Minister Herrfurth noch auf die Staatsregierung

überhaupt beziehe. Der „Reichsanzeiger“ fügt hinzu: „Die Aufnahme der ersten, uns in dieser Angelegenheit seitens des Freiherrn von Hammerstein zugegangenen, Berichtigung vom 20. Dezember 1890 hatten wir abgelehnt. Der von demselben darauf bei der königlichen Staatsanwaltschaft gestellte Antrag auf Bestrafung des Redakteurs des „Reichs- und Staatsanzeigers“ wegen Nichtaufnahme dieser Berichtigung, sowie auf Anordnung der nachträglichen Aufnahme derselben ist zurückgewiesen worden. Das gegen den Freiherrn v. Hammerstein von der königlichen Staatsanwaltschaft eingeleitete Verfahren wegen Verleumdung des Redakteurs des „Reichs- und Staatsanzeigers“ schwebt noch.“

Zu dem Wahlaufsatz der Deutsch-Liberalen Oesterreichs schreibt das Wiener „Freundenblatt“: „Der Zeichen der Besserung ungeachtet halten es die Führer der Linken für unerlässlich, die bisherige Organisation der Partei zu wahren und auf deren Stärke vor Allem bedacht zu bleiben. Sie stellen den Kampf gegen die Regierung ein, aber sie rüsten noch nicht ab. Ein Waffenstillstand ist infolge der letzten Ereignisse eingetreten, aber noch kein Friede geschlossen worden. Der Wahlaufsatz gibt erst die ersten allgemeinen Präliminarien seitens der Partei bekannt. Die mäßige Haltung gegen die anderen Nationalitäten des Reichs darf als eines der Merkmale des Wahlaufsatzes angesehen werden, und des Herrn v. Chlumetzky Hinweis, es solle in allen nationalen, staatsrechtlichen und kirchlichen Fragen eine Ruhepause eintreten, beweist wohl zur Genüge, daß die Linke aus den Erfahrungen der letzten Jahre Nutzen und Belehrung zu ziehen bereit ist. Von besonderer Bedeutung sind die in den Diskussionen abgegebenen Erklärungen, daß der liberale Großgrundbesitz an der Einheit der gesammten Linken festhalte. Diese Erklärungen gingen aus von den Herren: Baron Chlumetzky, Doblhoff, Grafen Dubsky, Baron Scharfshand und Dr. Vaernreiter. Diefelben umfassen den liberalen Großgrundbesitz Böhmens, Mährens und Niederösterreichs.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 10. Februar.

Heute Vormittag nahm Seine königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Geheimraths Dr. Noff entgegen und ertheilte darnach verschiedenen Personen Audienz. Nachmittags hörte Höchstselbe die Vorträge des Fligeladjutanten Freiherrn von Gagern und des Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin begab sich heute Nachmittag nach Baden-Baden zum Besuch Ihrer königlichen Hoheit der Fürstin Josephine von Hohenzollern und kehrte Abends hierher zurück.

* (Der „Staats-Anzeiger für das Großherzogthum Baden“) Nr. 3 vom heutigen Tage veröffentlicht eine Reihe Allerhöchster Entschlüsse Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs, die sich auf die Verleihung von Orden und Medaillen, die Erlaubniß zur Annahme fremder Orden und Ehrenzeichen und auf Dienstaufträgen beziehen. Diefelben wurden in der Hauptache bereits von uns mitgetheilt. Außerdem wurde Pfarrer Wilhelm Stern in Weil auf sein unterthänigstes Ansuchen und unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt. Amtsreferent J. A. Kieger wurde zum Revidenten bei dem Ministerium des Innern, und der technische Assistent Friedr. Steinmüller in Karlsruhe zum Bahningenieur 1. Klasse ernannt. Nachstehende Gerichtsbeamte er werden versetzt: B. Störk in Schopfheim nach Mannheim, D. Hilschenberger in Kenzingen nach Mannheim und H. Viede in Neustadt nach Schopfheim. Die Notarkammer hat zum Vorliegenden den Notar Bender in Karlsruhe, zu dessen Stellvertreter den Notar Severin alda, zum Schriftführer den Notar Wörner in Mannheim und zu dessen Stellvertreter den Notar Herrmann in Forstheim gewählt. Körperschaftsrechte wurden verliehen dem Evangelischen Diakonissenverein Forstheim und der Gesellschaft „Wuluum“ in Freiburg. Diejenigen Kandidaten des Maschinenbauaufsichts, welche an der in diesem Frühjahr beginnenden maschinentechnischen Staatsprüfung Theil nehmen wollen, werden aufgefordert, ihre Anmeldung zur Prüfung spätestens bis zum 1. März d. J. beim Ministerium der Finanzen einzureichen.

* (Staatsprüfung.) Ingenieurkandidat Friedrich Meybaler von Karlsruhe ist nach in diesem Jahr ordnungsmäßig bestandener Staatsprüfung unter die Zahl der Ingenieurpraktikanten aufgenommen worden.

* (Eisenbahn-Unfall.) In der Nacht vom vergangenen Samstag auf Sonntag ist infolge des Bruchs eines Rades eine Anzahl Wagen des Güterzuges 706 auf der Fahrt zwischen Dös und Kalkart entgleist. Der Schaden an Material ist nicht unbedeutend, dagegen sind Verletzungen an Personen nicht vorgekommen, auch wurden die Aufräumungsarbeiten so gefördert, daß der durchgehende Betrieb schon Sonntag früh wieder aufgenommen werden konnte.

* (Vorkalisches.) Nach dem in Oesterreich unlängst in Kraft getretenen neuen Gesetze über die Statistik des ausländischen Handels ist für die Vorkalisen mit Waaren und Gegenständen des Handelsverkehrs nach Oesterreich-Ungarn die Befreiung einer besonderen Zollinhaltsklärung, als statutarischer Anmeldefchein, erforderlich, so daß also fortan im Ganzen drei Zollinhaltsklärungen beizufügen sind. Sendungen, welche nach weiteren belegenen Ländern nur durch Oesterreich-Ungarn transitiren, brauchen von jener besonderen (dritten) Zollinhaltsklärung nicht begleitet zu sein.

* (Der Erfinder des Zweirads, Frhr. Karl v. Drais), der am 10. Dezember 1817 in Karlsruhe farb, liegt bekanntlich auf dem alten Friedhof, nahe der Kapelle, begraben. Da das Grab in wenigen Wochen eingeebnet und zum öffentlichen Platz gezogen werden soll, hat die Stadtbehörde dem hiesigen Radfahrer gestattet, an dem Erfinder des Zweirads ein Beck der Pietät zu üben, die irdischen Reste auszugraben und sie auf den neuen Friedhof zu verbringen. An hervorragender Stelle soll dem Andenken des verdienten Mannes, der als der Begründer des Radfahrens zu betrachten ist, ein schlichtes, aber würdiges Grabmal errichten. Die Wiederbeisetzung der Reste des Frhr. v. Drais soll anfangs der guten Jahreszeit mit einer entsprechenden Feierlichkeit geschehen, zu welcher auch die Sportgenossen in den übrigen Landesheilen rechtzeitig eingeladen werden. Ein öffentlicher Vortrag soll sodann mit neuerdings aufgefundenem Material einiges Licht bringen in das Dunkel, welches noch vielfach über dem Leben des Erfinders schwebt.

* (Eines äußeren großen Aufzugs) — wenn nicht noch ein anderer Ausdruck hier wohl besser am Plage wäre — machte sich am Montag ein bis jetzt unbekannter schuldig, der in einem hiesigen Blatte die Anzeige des „unerwartet schnell“ erfolgten Todes des Herrn Gerichtsvollziehers G. dahier in aller Form aufgab; sogar die Zeit der Bestattung und die Bemerkung „Blumenspenden werden dankend abgelehnt“ war beigelegt. In dessen erfreut sich Herr G. besten Wohlbefindens. Die Handlungsweise des Unbekannten geht über die äußersten Grenzen eines Karnevalscherzes hinaus und es wäre zu wünschen, daß es gelinge, denselben seiner wohlverdienten Strafe zuzuführen.

Offenburg, 10. Febr. (Karnevalsaufführung.) In den letzten Tagen wechselten Maskenbälle, maskierte Familienabende u. dergl. in bunter Reihenfolge miteinander ab. Den Schluß der karnevalistischen Vorführungen bildete gestern ein Maskenball, veranstaltet von mehreren hiesigen Vereinen. Einen guten Verlauf nahm am Fastnachtmontag eine geschichtliche Aufführung zu Zell a. S., an der sich gegen 400 Personen aus Zell, Unterharmersbach, Ober- und Unterentersbach beteiligten. Den Grund zu dieser Aufführung bildete folgende Thatsache: Die Einnahme der damaligen freien Reichsstadt Zell wurde im dreißigjährigen Kriege dadurch verhindert, daß der Vogt von Entersbach den Reichsschultheiß von einem durch die Schweden im Jahre 1646 geplanten Mordanschlag rechtzeitig in Kenntnis setzte, worauf letzterer die Zeller Bürgerwehr und die wehrfähigen Männer der Nachborte unter die Waffen rief, die Schweden bekämpfte und besiegte. Die Sieger hielten dann mit den Gefangenen und den erbeuteten Geschützen ihren Einzug in die Stadt. Dem Vogt von Entersbach aber wurde von dem Reichsschultheiß ein Silberbeschlagenes Schwert aus Dankbarkeit verliehen.

Großherzogliches Hoftheater.

8. Die Wahl des „Ehernen Pferdes“ für die Vorkellung am Fastnachtsonntag hat sich als eine unglückliche erwiesen, indem sie ein recht schwach besuchtes Haus zur Folge hatte. Wir erblickten in diesem Umfange eine dem Werke selbst zu Teil gewordene Schiene. Anders „Ehernes Pferd“, halb Spieloper, halb Operette, ist vornehmlich in musikalischer Hinsicht — dann aber auch in der Anlage der ganzen Idee zu sein — französisch, als daß man es glattweg als Fastnachtsschauspiel bezeichnen könnte. Zumal für das jugendliche Theaterpublikum, auf das man gerechnet hatte, mußten die eigentlichen Motive der Handlung vollständig unverständlich bleiben, und der noch den Aktklaffen losbrechende Kinderjubiläum bewies nur, daß die scenische Ausstattung und die mehr äußerliche Komik einzelner Figuren und Situationen die Schaulust der Kleinen befriedigt hatten. Ob sie irgend einen haftenden Eindruck von Wert mitgenommen, erscheint uns fraglich; denn die einzige wirklich beherzigenswerthe Idee — diejenige eines in Liebe allen Gefahren Trotz bietenden Muthes — kommt in einer für Kinder doch ziemlich unverständlichen Art zur Ausführung. Für solche Tage sollte doch nach den reichen Schätzen eines Raimund gegriffen werden, und in der Vorkellung dieser bei aller Naivität das Komische mit dem gefühlvoll Ernsten verbindenden Werke, den jugendlichen Sinnen eine Unterhaltung geboten werden, die tiefe und bildende Gemüthsindrücke zu erzeugen vermag. Man gewöhne die Kleinen von früh an daran, aus dem Theater etwas dauerndes — eine in lebensvoller Darstellung ihnen nahegelegte — und darum lange nachwirkende Lehre — mitzunehmen und gebe ihnen neben der zumal den Kindern gegenüber wohl angebrachten Zerstreuung eine leitende Idee — einen voll erfassbaren Gedanken, an dem sie sich richtig sammeln könnten.

Die Wiedergabe des feinen und lebenswürdigen Werkes, welchem der Neubearbeiter, Herr Engelbert Humperdinck, in geschmackvoller Weise durch einige feine Retouchirungen des musikalischen Stoffes, kleine wohlangebrachte Veränderungen der Instrumentation und eine geschmackvolle Nachdichtung des französischen Libretto's zu größerer Wirkungsfähigkeit verholfen hat, war eine recht gute. Ein im ersten Akte mehrfach bemerkbar werdendes Schleppten der Singstimmen verlor sich von Scene zu Scene immer mehr, und die beiden letzten Akte gelangen auf das Vorzüglichste. Herr Plank's Mandarin ist eine ganz köstliche Figur, ebenso diejenige seiner mit dem Kaiser verwandten vierten Gattin, und die Scenen zwischen diesem zärtlichen Ehepaar, besonders aber das Duo im zweiten Akte — sind musikalisch an sich die besten, gelangten aber auch durch Frau Reuß und Herrn Plank zu einer feinsinnigen Wiedergabe. Fräulein Frisch erfreute als Stella durch ihre mit dem Wunderbrunnen um die Wette sprudelnden Koloraturen, die uns bei solch einem märchenhaften Sternensystem recht natürlich und ungekünstelt anmuthen. Herr Rosenbergs schien uns stark erkrankt zu sein, was seine Fieberträume glaubhafter machte, seine Stimme jedoch um einiges von ihrem sonstigen Wohlklang und der an ihr so hochgeschätzten Zuverlässigkeit beraubte. Herr Rebe ist ein trefflicher Todchinsao und Frau Harlachere hatte als dessen Tochter Veli einige recht hübsche Momente, zumal im letzten Akte, wo sie ein etwas lebhafteres und weniger stereotypes Spiel gewahren ließ. Danko, der chinesische Milchbruder des Nestler'schen Damian, wurde von Herrn Guggenbühler hübsch gefungen und sehr charakteristisch dargestellt. Die Chöre sangen gut und nahmen an der Handlung lebhaften Antheil, wodurch die hübschen und munteren Bühnenbilder an Wirklichkeit gewannen.

Im Orchester klang Alles recht frisch und heiter, und Erwachene, welche die garten und die weniger garten Komplikationen der Handlung zu erfassen und die mancherlei prächtigen Schönheiten der Musik zu würdigen vermochten, konnten sich das „Ehernen Pferd“ als Fastnachtsschauspiel wohl gefallen lassen. Von den uns bis jetzt bekannt gewordenen selteneren Rasse-Exemplaren aus dem Marktall unserer Hoftheater gefüllt uns übrigens das ehernen Pferd am wenigsten, und selbst der heimtückische, bössere Griechenquäl, der nie den Kästen zugefremt hat, imponirt uns seinem Äußeren nach mehr als das die Reisegelegenheit zwischen der Erde und dem Abendhimmel besorgende ehernen Pferd. Allerdings haben es der Grana und das Roß des Komitars auch besser als unser flügelloser Pegasus, da sie einen festen Punkt innehaben, von dem aus sie zwar nicht die Welt aus ihren Angeln heben, sich aber doch die freundliche Sympathie des Publikums mühelos erwerben können. Das Pferd nimmt in der Opernliteratur, zumal in der neueren, eine so bedeutende Stellung ein, daß die vorstehende kleine Betrachtung uns wohl erlaubt sein dürfte — zumal wir mit ihr von den Karnevalstagen Abschied nehmen.

Verstärkendes.

Berlin, 9. Febr. (Wildenbruchs Schauspiel „Der neue Herr“) errang bei der heutigen ersten Aufführung im Schauspielhaus, welcher der Kaiser beiwohnte, keinen allgemeynen Erfolg.

W. Bremen, 9. Febr. (Kollision zweier Schiffe.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist der dem Norddeutschen Lloyd gehörige Dampfer „Schwan“ mit dem Dampfer „Delambre“ zusammengestoßen. Der „Delambre“ ist gesunken, der „Schwan“ wurde am Bug beschädigt.

W. Budapest, 7. Febr. (Projekt einer Weltausstellung.) Graf Eugen Sidi hat dem Ministerpräsidenten im Namen eines Konfortiums von Kapitalisten aus Frankreich und Belgien den Plan zur Abhaltung einer Weltausstellung zu Budapest für das Jahr 1895 anlässlich der Millenniumsfeier überreicht. Das Konfortium erbietet sich, sämtliche Kosten der Ausstellung zu decken und von den ungarischen Ausstellern keine Platzgebühr zu erheben. Die ungarische Regierung dürfte gleichwohl den Plan nicht annehmen, weil sie gesonnen ist, eine nationale Ausstellung aus Staatsmitteln zu veranstalten.

Paris, 8. Febr. („Lohengrin“ in Rouen.) Der „Figaro“ meldet noch über die geistige Aufführung des „Lohengrin“ in Rouen, daß sie einen „wahrhaften Triumph“ für die Meisterwerk Wagner's bedeutete. Die Ouvertüre sei mit drei Beifallsstößen überschüttet und jede der Hauptnummern der Oper von dem Publikum enthusiastisch aufgenommen worden. Ähnlich berichtet „L'Éclair“. Beide Blätter heben im Gegensatz zu der geistigen Meldung hervor, daß die Wiedergabe des Werkes ausgezeichnet und die Inszenierung eine sehr sorgfältige gewesen sei. — Besondere Donationen habe das begeisterte Haus dem Kapellmeister und den Hauptdarstellern dargebracht. Nicht die geringste acquerische Kundgebung sei erfolgt.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 10. Febr. Der Flügeladjutant Oberst v. Plessen ist zum Generalmajor und zum Kommandeur der Infanteriebrigade Nr. 55 (Karlsruhe) und an seiner Statt der Hauptmann der Marineinfanterie, Oberst Rasmann, zum Kommandeur des 1. Garderegiments zu Fuß ernannt.

Berlin, 10. Febr. Der Reichstag wiederholte heute die Abstimmung über die geistigen Anträge zu den Wahlen der Abgg. Porck und Graf Salbern, wobei diese Anträge nochmals genehmigt wurden. Sodann stimmte das Haus der Ergänzung des Etats für 1891/92 (Errichtung einer Ministerresidentur in Luxemburg) zu.

Der Reichstag trat darnach in die zweite Berathung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern ein, damit die Berathung der kaiserlichen Verordnung über die Ausdehnung der Zollermäßigungen im Tarife A. zum deutsch-italienischen und deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrag verbindend. Abg. Brömmler empfahl die Annahme der Verordnung. Er frag an, ob eine Erneuerung der gekündigten beiden Handelsverträge bereits eingeleitet sei; Staatssekretär Frhr. v. Malchahn erwiderte, er bedauere, hierauf keine Auskunft geben zu können. Der Antrag wurde genehmigt.

Bei Titel 2 des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern (Tabaksteuer) befürwortete Abg. Menzer die Einbringung einer Vorlage, durch welche der Zoll für unbeeinträchtigte Tabakblätter und Stengel von 85 auf 125 Mark erhöht und die bestehende Tabaksteuer von 45 auf 24 M. ermäßigt werden soll. Der Redner behauptete, der deutsche Tabakbau könne nur durch eine Erhöhung des Zolles und eine Ermäßigung der Steuer im Kampfe mit dem Ausland aufrecht erhalten werden.

Hoeffler (Gh.) erklärte, in Deutschland sei leider keine Aussicht für das Monopol; eine Erhöhung des Zolles und eine Ermäßigung der Steuer seien die einzig anwendbaren Mittel zur Unterstützung der Tabakindustrie. Förster (Hj.) meinte, der Antrag Menzer würde den Genuß des einheimischen Tabaks nicht vermehren, sondern nur den Tabak vertheuern. Winterfeldt befürwortete den Menzer'schen Antrag.

Staatssekretär Frhr. v. Malchahn bezog sich auf eine heute vorgelegte Denkschrift, indem er sagte, es handle sich nicht um eine Verbesserung, sondern um eine Veränderung der Sorten, insofern sich der Geschmack mehr dem Pfeifengenuß abgewandt und dem Cigarrengenuß

zugewandt habe. Die verbündeten Regierungen hätten sich einer Erhöhung der Zölle nicht geneigt erklärt; auch für eine Ermäßigung der Steuer habe sich keine Regierung ausgesprochen. Sollte der Antrag zur Annahme gelangen, so werde eine erneute Prüfung der Frage stattfinden; auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen sei jedoch nur dann zu rechnen, wenn neue und schlagende Gründe für die Reform angeführt würden, was bisher nicht geschehen ist.

Der Antrag Menzer wurde darauf in seinem ersten Theile (Erhöhung der Zölle) gegen die Stimmen des größeren Theils der Rechten abgelehnt. Was die Abstimmung über den zweiten Theil des Antrags betrifft, so ergaben sich bei der Auszählung des Hauses 96 Stimmen dafür (die Rechte mit wenigen Ausnahmen, die Sozialdemokraten, der größere Theil der Nationalliberalen und einige Mitglieder des Centrums), und 57 Abgeordnete dagegen. Das Haus war somit nicht beschlußfähig und die Fortsetzung der Verhandlung mußte auf morgen vertagt werden.

Berlin, 10. Febr. In der Budgetkommission des Reichstags erklärte der Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung, die letztere werde die Tarife pari passu mit Preußen ändern. Die Verhandlungen seien noch nicht beendet, doch könne er sagen, daß Ermäßigungen der Frachten und des Personenzugpreises erfolgen werden.

Berlin, 10. Febr. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ging ein Gesetzentwurf über die Erweiterung des Staatsbahnenetzes zu. Der Gesetzentwurf verlangt zur Herstellung neuer Linien nebst Beschaffung der erforderlichen Betriebsmittel 36 008 000 M., zur Anlage zweier resp. dritter Geleise 26 305 500 M., zu Bauausführungen 29 424 000 M., zur Beschaffung von Betriebsmitteln für die bereits bestehenden Staatsbahnen 53 800 000 M., insgesamt also 145 537 000 M. Die Staatsregierung verlangt die Ermächtigung, zur Deckung dieser Ausgaben Staatsschuldverschreibungen im gleichen Betrage auszugeben.

Rom, 10. Febr. Der neue Ministerpräsident Rudini richtete ein Zirkularschreiben an die diplomatischen Vertreter Italiens im Auslande, in welchem er erklärte, das Programm des neuen Kabinetts sei die Fortsetzung und Erhaltung der bisherigen Friedenspolitik, für welche das Land bei den jüngsten Wahlen sich ausgesprochen habe. Das Kabinet werde bestrebt sein, die bestehenden Bande der Freundschaft mit allen Mächten enger zu knüpfen. Die Kammer ist auf nächsten Samstag berufen, an welchem Tage das Kabinet sein Programm entwickeln wird.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 12. Febr. 22. Ab.-Vorst.: „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 1/2 Uhr.

Freitag, 13. Febr. 23. Ab.-Vorst. Zum ersten Male wiederholt: „Das verlorene Paradies“, Schauspiel in 3 Akten von Ludwig Fulda. Anfang 1/2 Uhr.

In Baden. Mittwoch, 11. Febr. 17. Ab.-Vorst. Neu einstudirt: „Clavigo“, Trauerspiel in 5 Akten, von Goethe. Anfang 1/2 Uhr.

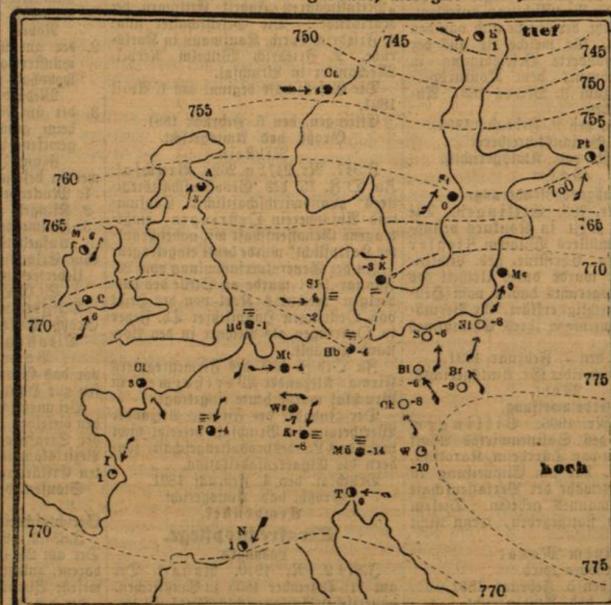
Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in m	Relat. Feuchtigk. in %	Wind. seit in 1/4	Wind. seit in 1/2	Himmel.
9 Nacht 9 U.	760.1	-3.2	8.0	82	NE	NE	klar
10 Morgs. 7 U.	760.9	-8.6	2.0	88	NE	NE	dunstig
10 Mitts. 2 U.	760.2	+0.6	3.1	64	SW	SW	klar

Wasserstand des Rheins. Mainz, 9. Febr., Morgs., 2 68 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Wetterkarte vom 10. Februar, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die gestern erwähnte Depression hat ihre Lage über Nordspanien beibehalten, hat aber an Tiefe zugenommen und hat das barometrische Maximum etwas südwärts gedrängt, so daß es nunmehr Mitteluropa bedeckt. Während in Nordrußland unter dem Einfluß westlicher Luftströmung Thauwetter herrscht, dauert auf dem Festlande das vorwiegend heitere oder neblige und zumal im Binnenlande sehr kalte Wetter fort. Eine Aenderung der Witterung steht noch nicht in Aussicht.

Krankfurter telegraphische Kursberichte

vom 10. Februar 1891.

Staatspapiere.		Deutsche Bank		160.—	
4% Deutsche Reichsanleihe	106.60	Dresdener Bank	156.30	Wahnschiffen.	
4% Preuss. Konf.	106.10	Schw. Nordstb.	134.50		
4% Baden in R.	101.80	Kombarden	115 1/2		
4% in W.	104.05	Galzler	188 1/4		
Deherr. Goldrente	97.50	Libthal	201.—		
4% Ungar. Goldr.	93.20	Hess. Ludwigsb.	115.90		
1880r. Russen	98.90	Gotthard	155.30		
II. Orientanleihe	76.50	Wechsel und Sorten.			
Italiener compt.	93.80	Wechsel a. Amstb. 169.55			
Ägypter	98.40	" " London 20.36			
Spanier	77.—	" " Paris 80.70			
Holl.-Lürten	92.10	" " Wien 178.05			
6% Serben	89.90	Napoleonsdor 16.14			
Banken.		Privatbankfonto 27 1/2			
Kreditaktien	272 1/2	Bad. Badefabrik —			
Disconto-Kommandit	212.40	Nach Börse.			
Basler Bankort.	163.80	Kreditaktien 272 1/2			
Darmstädter Bank	154.50	Staatsbahn 217 1/2			
Hambelsgesellsh.	157.90	Kombarden 115 1/2			
Berlin.		Lombardenz. still.			
Defl. Kreditakt.	175.90	Wien.			
Staatsbahn	109.20	Kreditaktien 308.10			
Kombarden	58.60	Marknoten 56.10			
Dist.-Kommand.	216.80	Ungarn 104.80			
Marienburg	64.40	Lombardenz. fest.			
Dortmunder	83.70	Paris.			
Carlsbütte	136.50	3% Renti 95.57			
Lombardenz. —	—	Spanier 76 3/4			
		Lürten 19.92			
		Ottomane 623.—			
		Lombardenz. —			

Todesanzeige.
 3.953. Karlsruhe.
 Freunden und Bekannten ertheile ich hiermit besondere Anzeige auf diesem Wege die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Bruder,
Dr. Sigmund A. J. Schneider,
 Großh. Geheim. Hofrath und Bezirksarzt in Oberkirch, nach längerem Leiden heute Nacht verschieden ist.
 Mit der Bitte um stille Theilnahme.
 Karlsruhe, 10. Febr. 1891.
Richard Schneider,
 Senatspräsident.

Hôtel Victoria, Karlsruhe,
 bringt seine Räumlichkeiten für Hochzeiten, Dinners, Soupers etc. in empfehlende Erinnerung. — Bei guter Bedienung mässige Preise.
 3.867.3.
 Hochachtungsvoll **D. JENE, Besitzer.**

Das Verzeichniß der Vorlesungen,
 welche im Sommersemester 1891 an der Universität Freiburg in Baden gehalten werden, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen oder vom Secretariat zu beziehen.
Akademisches Direktorium.
 Kraus. 3.945.

BÉNÉDICTINE
 LIQUEUR DES ANCIENS BÉNÉDICTINS
 De L'ABBAYE DE FÉCAMP (France).
 Vortreflich, tonisch, den Appetit und die Verdauung befördernd.
 Man achte darauf, dass sich auf jeder Flasche die viereckige Etiquette mit der nebenstehenden Unterschrift des General-Directors befindet.
 Nicht allein jedes Siegel, jede Etiquette, sondern auch der Gesamteindruck der Flasche ist gesetzlich eingetragen und geschützt. Vor jeder Nachahmung oder Verkauf von Nachahmungen wird mittheilend ernstlich gewarnt, und zwar nicht allein wegen der zu gewärtigenden gesundheitlichen Folgen, sondern auch hinsichtlich der für die Gesundheit zu befürchtenden Nachteile, deren sich der Consumant aussetzen würde.
 Am Schlusse jeden Monats werden wir das Verzeichniß derjenigen Firmen veröffentlichten, welche sich schriftlich verpflichteten, keine Nachahmungen unseres Liqueurs zu verkaufen.



3.943. Freiburg.
Brunnenmeisterstelle.
 Die städtische Brunnenmeisterstelle soll alsbald besetzt werden. Der Anfangsgehalt beträgt 1800 Mark und erfolgt die Anstellung nach Maßgabe des in diesem Jahr voraussichtlich in Wirksamkeit tretenden Beamtenstatuts.
 Bewerber wollen sich binnen 14 Tagen unter Einreichung von Zeugnissen über ihre Fähigkeit und praktische Erfahrung im Rohrlegen und im Installationsfache dahier melden.
 Freiburg i. B., 31. Jan. 1891.
 Der Stadtrath:
 Winterer. Mörder.

Museumssaal.
Mittwoch, 11. Februar, 8 Uhr:
Vortrag Westmark
 15 Monate unter den Wänschenstessern am Oberen Congo.
 I. Platz 3 M., II. Platz 2 M., Galerie 50 C. beim Eingange.
 Die Hälfte für Lehrer u. Schüler.

3.663.6. Die Verwaltung des israel. Kranken- und Pfandhauses in Mannheim sucht eine Oberwärterin,
 welche zugleich die ökonomische Verwaltung der Anstalt besorgen kann. Refl. (gleichviel welcher Confession) wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse und Angabe ihrer persönl. Verhältnisse an die obige Verwaltung wenden, wofür auch nähere Bedingungen zu erfahren sind.

Gesucht
 ein br. Mädchen für Küche und Hausarbeit. Gefl. Offerten unter G. O. befördert die Expedition dieses Blattes. 3.952.1

3.209.13. Karlsruhe.
Feuer-, fall- u. einbruchsichere Geld-, Bücher- und Dokumenten-Schränke
 empfiehlt **Wilh. Weiss,**
 Karlsruhe Erdbrunnenstr. 24

Bürgerliche Rechtspflege.
Aufgebote.
 3.937.2. Nr. 2665. Bruchsal. Auf Antrag der Landwirthin Vinus Burger Ehefrau, Barbara, geb. Stodenberger in Forth, werden alle diejenigen, welche an den Grundstücken:
 a. Lagb. Nr. 15289, Plan Nr. 95: die unabgetheilte Hälfte von 17 ar 9 qm Wiese in den Neuwiesen rechts der Saalbach bei der Neumorgenschleuse, einst. Franz Böfer in Forth, Adv. August Grub Ehefrau, Maria Josefa, geb. Kotzifen von Dambriiden,
 b. Lagb. Nr. 11658, Plan Nr. 68: 2 ar 70 qm Ackerland und 11 ar 82 qm Wiese im Dohgericht, cf. Gemartung Forth, Adv. Weg,
 in dem Grund- und Pflandbuche nicht eingetragene, auch sonst nicht bekannte, dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverbande beruhende Rechte haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche spätestens in dem auf:
 Mittwoch den 1. April 1891, Vormittags 9 1/2 Uhr, fehgesehten Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls dieselben für erloschen erklärt werden.
 Bruchsal, 5. Februar 1891.
 Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts:
 Riffel.

3.938.2. Nr. 2268. Dissenburg.
 Johann Georg Schlenz, Landwirth von Willstett, besitzt auf Gemartung Griesheim, Lagb. Nr. 2202, 19 Ar 98 Wtr. Wiese im Grühle, neben Gemartung Gohsward und Jakob Fint von Altemheim, ohne Grundbucheintrag. Es werden Alle, welche dingliche oder auf einem Stamm- oder Familiengutsverband beruhende Rechte an die bezeichnete Liegenschaft geltend machen wollen, aufgefordert, dieselben bis zum Montag, 6. April d. J., Vormittags 9 Uhr, anzumelden, ansonst dieselben für erloschen erklärt werden.
 Dissenburg, 3. Februar 1891.
 Großh. bad. Amtsgerichts:
 C. Keller.

3.944. Nr. 6977. Mannheim.
 Ueber das Vermögen des Handelsmanns David Kahn hier H. 8. 3. ist heute Nachmittag 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.
 Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt Dr. Theodor Frank dahier C. 3. 19.
 Konkursforderungen sind bis zum 3. März 1891 bei dem Gerichte anzumelden und werden daher alle diejenigen, welche an die Masse als Konkursgläubiger Ansprüche machen wollen, hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zu genannten Termine entweder schriftlich einzurichten oder bei der Gerichtsschreiberei zu Protokoll zu geben unter Beifügung der urkundlichen Beweismittel oder einer Abschrift derselben.
 Zugleich ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag den 10. März 1891, Vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte Abth. III Termin anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgeboten, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 3. März 1891 Anzeige zu machen.
 Mannheim, den 9. Februar 1891.
 Die Gerichtsschreiberei des Großh. bad. Amtsgerichts:
 Galm.
Vermögensabänderung.
 3.946. Nr. 793. Ettlingen. Die Ehefrau des a. B. in Konkurs befindlichen Kunstmüllers Wilhelm Ziegler von Ettlingen, Christine, geb. Wichtenfels daselbst, wurde durch Urtheil des Großh. Amtsgerichts dahier vom heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzulösen.
 Ettlingen, den 7. Februar 1891.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Matt.
Erbeinweisung.
 3.909.2. Nr. 1966. Billingen. Die Witwe des Salinenwirths Adolf Feinmann von Dürheim, Karolina, geb. Wöhrler, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten. Diefem Gesuch wird stattgegeben, wenn nicht binnen einem Monat Einsprache erhoben wird.
 Billingen, den 5. Februar 1891.
 Großh. bad. Amtsgerichts:
 gez. Obkircher.
Dies Veröffentlichung
 Der Gerichtsschreiber:
 Huber.
Verfallensverfahren.
 3.928.2. Nr. 2403. Vörrach. Das

Großh. Amtsgericht dahier hat unterm heutigen verfügt:
 Gegen den seit Mitte Januar 1887 vermißten, am 27. August 1886 zu Eberbach als Sohn des Großh. Notars Karl Götz geborenen und zuletzt in Vörrach wohnhaft gemessenen, dann nach Nordamerika ausgewanderten Kaufmann Julius Götz ist Antrag auf Verschollenenerklärung gestellt.
 Es ergeht an ihn die Aufforderung, binnen Jahresfrist Nachricht anher zu geben, und an diejenigen, welche über sein Verbleiben Auskunft zu ertheilen vermögen, solches innerhalb der gleichen Frist anzuzeigen.
 Vörrach, den 6. Februar 1891.
 Der Gerichtsschreiber:
 Appel.
Erboverteilung.
 3.931.2. Schopfheim. Ernst Müller von Langenau, 22 Jahre alt und zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, wird hiermit zu den Theilungsverhandlungen auf Ableben seiner Großmutter Anna Marie, geb. Wähler, Witwe des Johann Georg Wagner von Langenau, mit Frist von drei Wochen und mit dem Anfügen dorgelesen, daß wenn er weder persönlich erscheint noch einen Bevollmächtigten aufstellt, sein Ertheil denjenigen Personen zugewiesen würde, welchen es zufällt, wenn er zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gemessen wäre.
 Schopfheim, den 6. Februar 1891.
 Karl v. Diemer,
 Großh. Notar.

Handelsregisterträge.
 3.944. Nr. 751. Ettlingen. Unter D. 3. 49 des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen die Firma: Metallwaaren-Fabrik Ettlingen bei Karlsruhe. Die Gesellschafter sind: 1. Friedrich Borch, Kaufmann in Karlsruhe. 2. Friedrich Wilhelm Nerpel, Mechaniker in Bruchsal. Die Gesellschaft beginnt am 1. April 1891.
 Ettlingen, den 5. Februar 1891.
 Großh. bad. Amtsgerichts:
 Riblein.
 3.947. Nr. 2471 u. 2628. Bruchsal. Zu D. 3. 15 des Genossenschaftsregisters wurde heute eingetragen die Firma: Landwirthschaftlicher Consum- und Ablagerverein Dettlingen, eingetragene Genossenschaft mit unbefränkter Haftpflicht wurde heute eingetragen. In der Generalversammlung vom 20. Januar 1891 wurde an Stelle des seitberredenen Redners Karl von der Heide von Dettlingen Hauptlehrer Th. Heeger in Dettlingen als Redner in den Vorstand gewählt.
 Zu D. 3. 552 des Firmenregisters Firma Alexander Wertheimer in Bruchsal wurde heute eingetragen. Der Inhaber der Firma, Alexander Wertheimer in Bruchsal, betreibt nicht mehr das Landesproduktengeschäft, sondern die Cigarettenfabrikation.
 Bruchsal, den 4. Februar 1891.
 Großh. bad. Amtsgerichts:
 Armbruster.
Strafgerichtspflege.
 Ladungen.
 3.874.2. Nr. 1910. Rastatt. Der am 11. Dezember 1885 zu Langfischen, bayerischen Amtsgerichts Wieslaken, geborene Müller Lorenz August, zuletzt wohnhaft in Rastatt, wird beschuldigt, als Wehrmann ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erlassen zu haben.

3.931.2. Schopfheim. Ernst Müller von Langenau, 22 Jahre alt und zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, wird hiermit zu den Theilungsverhandlungen auf Ableben seiner Großmutter Anna Marie, geb. Wähler, Witwe des Johann Georg Wagner von Langenau, mit Frist von drei Wochen und mit dem Anfügen dorgelesen, daß wenn er weder persönlich erscheint noch einen Bevollmächtigten aufstellt, sein Ertheil denjenigen Personen zugewiesen würde, welchen es zufällt, wenn er zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gemessen wäre.
 Schopfheim, den 6. Februar 1891.
 Karl v. Diemer,
 Großh. Notar.

Handelsregisterträge.
 3.944. Nr. 751. Ettlingen. Unter D. 3. 49 des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen die Firma: Metallwaaren-Fabrik Ettlingen bei Karlsruhe. Die Gesellschafter sind: 1. Friedrich Borch, Kaufmann in Karlsruhe. 2. Friedrich Wilhelm Nerpel, Mechaniker in Bruchsal. Die Gesellschaft beginnt am 1. April 1891.
 Ettlingen, den 5. Februar 1891.
 Großh. bad. Amtsgerichts:
 Riblein.

3.947. Nr. 2471 u. 2628. Bruchsal.
 Zu D. 3. 15 des Genossenschaftsregisters wurde heute eingetragen die Firma: Landwirthschaftlicher Consum- und Ablagerverein Dettlingen, eingetragene Genossenschaft mit unbefränkter Haftpflicht wurde heute eingetragen. In der Generalversammlung vom 20. Januar 1891 wurde an Stelle des seitberredenen Redners Karl von der Heide von Dettlingen Hauptlehrer Th. Heeger in Dettlingen als Redner in den Vorstand gewählt.
 Zu D. 3. 552 des Firmenregisters Firma Alexander Wertheimer in Bruchsal wurde heute eingetragen. Der Inhaber der Firma, Alexander Wertheimer in Bruchsal, betreibt nicht mehr das Landesproduktengeschäft, sondern die Cigarettenfabrikation.
 Bruchsal, den 4. Februar 1891.
 Großh. bad. Amtsgerichts:
 Armbruster.

Strafgerichtspflege.
 Ladungen.
 3.874.2. Nr. 1910. Rastatt. Der am 11. Dezember 1885 zu Langfischen, bayerischen Amtsgerichts Wieslaken, geborene Müller Lorenz August, zuletzt wohnhaft in Rastatt, wird beschuldigt, als Wehrmann ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erlassen zu haben.

3.944. Nr. 6977. Mannheim.
 Ueber das Vermögen des Handelsmanns David Kahn hier H. 8. 3. ist heute Nachmittag 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden.
 Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt Dr. Theodor Frank dahier C. 3. 19.
 Konkursforderungen sind bis zum 3. März 1891 bei dem Gerichte anzumelden und werden daher alle diejenigen, welche an die Masse als Konkursgläubiger Ansprüche machen wollen, hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zu genannten Termine entweder schriftlich einzurichten oder bei der Gerichtsschreiberei zu Protokoll zu geben unter Beifügung der urkundlichen Beweismittel oder einer Abschrift derselben.
 Zugleich ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubiger-Ausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag den 10. März 1891, Vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte Abth. III Termin anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgeboten, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 3. März 1891 Anzeige zu machen.
 Mannheim, den 9. Februar 1891.
 Die Gerichtsschreiberei des Großh. bad. Amtsgerichts:
 Galm.
Vermögensabänderung.
 3.946. Nr. 793. Ettlingen. Die Ehefrau des a. B. in Konkurs befindlichen Kunstmüllers Wilhelm Ziegler von Ettlingen, Christine, geb. Wichtenfels daselbst, wurde durch Urtheil des Großh. Amtsgerichts dahier vom heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzulösen.
 Ettlingen, den 7. Februar 1891.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Matt.
Erbeinweisung.
 3.909.2. Nr. 1966. Billingen. Die Witwe des Salinenwirths Adolf Feinmann von Dürheim, Karolina, geb. Wöhrler, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten. Diefem Gesuch wird stattgegeben, wenn nicht binnen einem Monat Einsprache erhoben wird.
 Billingen, den 5. Februar 1891.
 Großh. bad. Amtsgerichts:
 gez. Obkircher.
Dies Veröffentlichung
 Der Gerichtsschreiber:
 Huber.
Verfallensverfahren.
 3.928.2. Nr. 2403. Vörrach. Das

3.956. Gemeinde Urach, Amtsgerichtsbezirk Neustadt.
Öffentliche Aufforderung
 zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.

Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- oder Unterpfandsbüchern der Gemeinde Urach, Amtsgerichtsbezirk Neustadt, eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1880, die Vereinigung der Unterpfandsbücher betr. (Reg. Bl. Seite 213), und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Pfandungen bei diesen Vereinigungen betr. (Ges. und Verordn. Bl. S. 43) aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- und Pfandgericht unter Beobachtung der in § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Ges. und Verordn. Bl. S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzuführen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden.
 Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichniß der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als dreißig Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehaufe zur Einsicht offen liegt.
 Urach, den 12. Februar 1891.
 Das Gewähr- und Pfandgericht.
 Bürgermeister Müller.

Der Vereinigungskommittar:
 Ruf, Notarschreiber.
 Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des St. G. B.
 Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Freitag den 10. April 1891, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Rastatt zur Hauptverhandlung geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Rastatt ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.
 Rastatt, den 3. Februar 1891.
 Bittel,
 Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

3.955.1. Nr. 738. Bühl. Der am 18. April 1860 zu Bühl geborene katholische Gärtner Bias Lang, zuletzt wohnhaft in Bühl, wird beschuldigt, als Landwehrmann i. Aufgebots ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
 Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Dienstag den 5. Mai 1891, Vormittags 8 1/2 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Bühl zur Hauptverhandlung geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Rastatt ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.
 Bühl, den 4. Februar 1891.
 Voos,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

3.906.2. Nr. 1241. Wolfach.
 1. Josef Armbruster, 36 Jahre alter Schuhmacher von Haslach, und 2. Johann Philipp Franz, 28 Jahre alter Küfer von Lehen, beide a. B. an unbekanntem Orten abwesend, werden beschuldigt, Franz als beurlaubter Reservist und Armbruster als Wehrmann der Landwehr i. Aufgebots ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein.
 Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.
 Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Freitag den 10. April 1891, Vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Wolfach zur Hauptverhandlung geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Vörrach ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.
 Wolfach, den 3. Februar 1891.
 Häffig,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

3.869.3. Nr. 555. Staufen.
 1. Der am 20. März 1865 in Obermünsterthal geborene und zuletzt dort wohnhaft gemessene Landwirth Robert Wudenbirt,
 2. der am 20. März 1862 in Unter- münsterthal geborene und zuletzt dort wohnhaft gemessene Holzbauer Medarus Klingele und
 3. der am 24. März 1859 in Griesheim geborene und dort wohnhaft gemessene Landwirth Franz Joseph Zimmermann werden beschuldigt, und zwar 1. Wudenbirt als Entlassener Reservist, 2. Klingele als beurlaubter Reservist, 3. Zimmermann als Wehrmann ersten Aufgebots ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Biff. 3 d. St. G. B.
 Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Dienstag den 17. März 1891, Vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Staufen zur Hauptverhandlung geladen.
 Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Vörrach ausgestellten Erklärungen verurtheilt werden.
 Staufen, den 3. Februar 1891.
 Dufner,
 Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

3.834.2. Nr. 1623. Müllheim.
 Der am 25. Februar 1864 in Lauf geborene, zuletzt in Vamlach wohnhaft gemessene Bierbrauer Adolf Fall, der am 26. August 1861 in Schiltengen geborene und zuletzt dort wohnhaft gemessene Landwirth Franz Martin Gostlieb,
 der am 4. Juli 1856 in Diefesheim geborene, zuletzt in Luggen wohnhaft gemessene Sattler Friedrich Hoffmann,

3.721.3. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Es sind 10000 Stück schmiedeeiserne Stiebröhren für Lokomotiven zu vergeben.
 Angebote sind versiegelt, portofrei und mit der Aufschrift „Stiebröhren“ versehen bis längstens
Montag den 16. Februar d. J.,
 Vormittags 10 Uhr,
 bei uns einzureichen.
 Bedingungen werden auf portofreie Anfrage von uns abgegeben.
 Karlsruhe, den 26. Januar 1891.
 Großherzogl. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

3.897.3. Nr. 392. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Die Staatsprüfung im Kauffache betr.
 Der Beginn der diesjährigen Staatsprüfung im Kauffache ist auf
Montag den 13. April
 festgesetzt.
 Kandidaten, welche sich derselben unterziehen wollen und den Anforderungen des § 7 Abs. 4 der landesherrlichen Verordnung vom 15. Juni 1869 (Regierungsblatt Nr. XXI Seite 216) genügt haben, werden aufgefordert, sich spätestens bis zum
9. März 1891,
 unter Anschluß sämtlicher Studienzeugnisse bei unterzeichneter Stelle zu melden.
 Karlsruhe, den 6. Februar 1891.
 Großh. Bauirection.
 Dr. Josef Durr.
 gez. Martin.

3.957. Nr. 4583. Konstanz.
 Auf unferem Meldeamt ist eine Vacantenstelle mit einem Jahresgehalt von 900 Mark sofort zu besetzen. Bewerber wollen sich binnen 8 Tagen melden. Gute Handschrift unerlässlich.
 Konstanz, den 9. Februar 1891.
 Großh. bad. Bezirksamt.
 Höhrnbach.